



Aus der Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) im Deutschen Bundestag

INHALT DIESER AUSGABE UNTER ANDEREM

Nach der Wahl ist vor der Wahl - Volldampf voraus!

Kaum ist der Jubel über das großartige Thüringer Ergebnis zu den Kommunalwahlen und die tollen Erfolge der AfD bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg verklungen, kaum habe ich als Stadtrat in Gera die ersten Anfragen an die Stadtverwaltung gestellt, um für die Geraer Bürger endlich Transparenz in die Stadtpolitik zu bringen, werden schon wieder Bürgerdialoge organisiert, Plakate und Handzettel gedruckt und Informationsstände vorbereitet: der Wahlkampf für die Landtagswahl in Thüringen hat begonnen. Und, wer weiß, vielleicht wird der nächste Deutsche Bundestag auch nicht erst in zwei Jahren, sondern nach einem Scheitern der „großen Koalition“, die diesen Namen nur noch zum Schein trägt, schon viel eher gewählt. Ich tippe auf das nächste Frühjahr - und bereite den Wahlkampf bereits vor. Aber: Für uns von der AfD ist so oder so jeder Tag ein Wahlkampftag, denn die Lage in Deutschland, der Zerfall des ländlichen Raums, die Bildungskatastrophe, der erodierende Rechtsstaat und der nicht enden wollende Zuzug unberechtigter Migranten erlauben es uns nicht, nur sechs Wochen vor anstehenden Wahlen aktiv zu sein und nur dann Gesicht vor Ort zu zeigen, wenn eine Kamera auf uns zeigt, wie es bei den Altparteien lange Tradition hat.

Für die nächste Zeit habe ich mir einiges in der parlamentarischen Arbeit im Stadtrat von Gera und im Deutschen Bundestag vorgenommen: Mit Hilfe von Anfragen muss Transparenz zu Kosten geschaffen werden, die dem Bürger durch die

illegale Einwanderung entstehen. Wir wollen und werden aufdecken, welche sogenannten „Demokratieprojekte“, meist also verkappte linke Propaganda, ihr Unwesen treiben. Egal ob die Parkplatzsituation, der Schulsanierungsbedarf oder der öffentliche Nahverkehr: Ich bin immer sehr nah an den Bürgern unseres schönen Freistaates.

Was steht im Bundestag an? Es liegt mir am Herzen, den ländlichen Raum zu stärken, der unseren Freistaat besonders liebenswert macht. Außerdem soll gesetzlich geregelt werden, dass die Beteiligung von politischen Parteien an Medienunternehmen öffentlich klar wahrnehmbar wird, sodass Leser schon beim Kauf einer Zeitung wissen, wenn sie sich auf eine einseitige, meist linkslastige Berichterstattung einstellen müssen. Auch bei der Anpassung (also: Senkung!) der Pensionsansprüche von Politikern und die Abschaffung anderer Politprivilegien ist viel zu tun!

Übrigens: Wenn Sie bei einer politischen Bildungsreise nach Berlin (nächste Termine: 15. Oktober bis 17. Oktober und 8. November) die Arbeit im Parlament kennenlernen und mit mir ins Gespräch kommen möchten, melden Sie sich doch in einem meiner Thüringer Büros in Erfurt, Sömmerda und Gera oder unter kontakt@brandner-im-bundestag.de.

Beste Grüße und bis demnächst
Ihr/Euer Stephan Brandner

Migrantenfamiliennachzug weiterhin auf viel zu hohem Niveau!

mehr auf Seite 2



Thüringer Bauern brauchen dringend Unterstützung der Politik

mehr auf Seite 4



Landtagswahl 2019: Fünf Kandidaten aus Stephan Brandners Betreuungskreis

mehr auf Seite 6



**NICHT INS ALTPAPIER!
NACH DEM LESEN WETTERGEBEN.**

Migrantenfamiliennachzug weiterhin auf viel zu hohem Niveau!

Wie sich aus einer schriftlichen Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner an die Bundesregierung ergibt, blieb der sogenannte Familiennachzug auch im Jahr 2018 auf konstant hohem Niveau. So stellt das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat dar, dass im Jahr 2018 „etwa 104.000 Personen nach Deutschland einreisten, die im selben Jahr eine Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen erhalten haben“.

Stephan Brandner, auch Vorsitzender der Thüringer Landesgruppe und Justiziar der Fraktion, macht deutlich, dass die Zahl zwar im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen, aber noch immer mehr als doppelt so hoch sei, wie vor zehn Jahren (2009: 48.235).

„Noch immer wandert jährlich eine Großstadt allein über den sogenannten Familiennachzug

nach Deutschland ein. Die größte Gruppe bilden dabei syrische Staatsangehörige. Es muss jedem klar sein, dass hier Neuregelungen erforderlich sind, die den Familien-nachzug zumindest deutlich reduzieren, am besten aber für Migranten, die keine dauerhafte Bleibeperspektive haben, ganz unterbindet.“



Zustellung von Morddrohungen über das Bundestagskontaktformular muss unterbunden werden!

Über das offizielle Kontaktformular des Bundestages bekam Stephan Brandner eine Morddrohung („Tote Nazis sind gute Nazis. In diesem Sinne: Kopf ab, brauner Abschaum“) zugestellt. Es handelt sich bereits um den zweiten Vorfall dieser Art.

Brandner findet es merkwürdig, dass der Bundestag – zumal bereits in dem vorhergehenden Fall Anzeige erstattet wurde – derartige Nachrichten

kommentarlos an den Abgeordneten zustellt: „Hier muss dringend eine Kontrolle erfolgen. Es kann nicht sein, dass offenbar jeder geistig oder politisch Verwirrte anonym die Infrastruktur des Bundestages nutzen kann, um Menschen, die eine politische Haltung vertreten, die ihm nicht gefällt, mit dem Tod zu bedrohen. Auch zeigen Vorfälle dieser Art, dass die Ausgrenzung, mit der der AfD begegnet und der Hass, der durch die Altparteien,

einschlägig berüchtigte Institutionen und auch die Medien verbreitet wird, offenbar geistig Verwirrte dazu bringt, sich derart zu äußern. Der durch die Regierungsparteien angefeuerte sogenannte „Kampf gegen Rechts“, der sich einzig und allein gegen jede konservative, bürgerliche und vernünftige Meinung richtet, heizt derartige Ausfälle an.“

CO₂-Ausstoß allein durch Atemluft der Menschheit beträgt das Dreifache aller deutschen Emissionen

Die Anstrengungen zur Senkung der energiebedingten Emissionen haben in den letzten Jahren



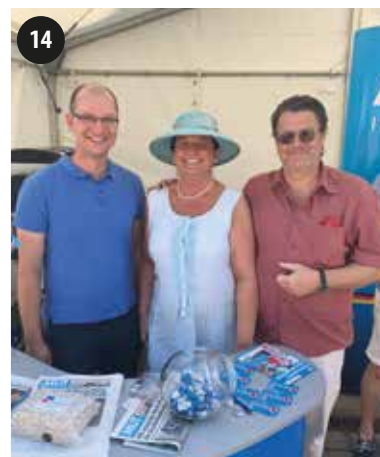
in Deutschland zu einem weithin vor Ort nicht akzeptierten Windenergieausbau und stark steigenden Strompreisen geführt. Diese sogenannte "Klimapolitik" deutscher Provenienz blendet völlig die natürlichen globalen CO₂-Quellen wie die Atemluft der rasant wachsenden Menschheit, Vulkanismus oder die Speicherkapazität der Meere aus. Stephan Brandner fordert mehr Vernunft in der ideologisch geprägten Klimawandel-Debatte: "Selbst wenn es für den Preis der Windkraft-Ver-spargelung unserer Heimat gelänge, die Klimaziele der Bundesregierung zu erreichen, dann

entspräche das im Jahr 2020 gegenüber heute einer Gesamtminde rung von 120 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr. Allein die Atemluft der Menschheit enthält knapp drei Milliarden Tonnen Kohlendioxid und gemäß dem prognostizierten Bevölkerungswachstum werden dadurch ab 2050 jährlich zusätzlich über eine halbe Milliarde Tonnen CO₂ emittiert werden. Diese Zahlen belegen, wie weltfremd es ist, auf Kosten unserer Umwelt und unserer Arbeitsplätze die im globalen Maßstab minimalen deutschen CO₂-Mengen weiter reduzieren zu wollen.“



#Brandnerunterwegs

1. Bürgerdialog Jena
2. Sommerfest Großschönau (Oberlausitz)
3. Wahlkampf in Dürrhennersdorf (Oberlausitz)
4. Gedenken zum Mauerbau in Berlin
5. Treffen mit der Jungen Alternative in Frankfurt am Main
6. Besuch der Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt am Main
7. Besuch der Deutschen Nationalbibliothek (Frankfurt am Main)
8. Bürgerdialog Rügen
9. Bürgerdialog Wismar
10. Eröffnung des Hauses der Weimarer Republik
11. Verband der Gartenfreunde e.V. Gera
12. Hauptzollamt Gera
13. IHK-Sommerfest Halle
14. Thüringentag Sömmerda
15. Bürger im Gespräch Ratskeller Erfurt



Keine öffentlichen Gelder für Hetze gegen die AfD!

Der Verein „Miteinander e.V.“ sieht sich selbst als Ansprechpartner „für zivilgesellschaftliche Initiativen, Verbände und Vereine, Stiftungen, Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, Medien sowie für Akteure aus Kommunal- und Landesverwaltungen“ zu den „Themenfeldern Rechtsextremismus, Prävention und Demokratieförderung“. „Dabei betreibt er aber nichts anderes als Hetze gegen alles, was nicht links ist, also gegen alles Bürgerliche und Vernünftige, insbesondere gegen die AfD“, kommentiert der AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner die Zielrichtung des Vereins.

Mit Hilfe einer Anfrage an die Bundesregierung hat der Justiziar der AfD-Bundestagsfraktion aufgedeckt, dass sich die Fördermittel, die der Bund dem Verein zur Verfügung stellt, von dem Jahr 2011 bis 2018 verzehnfacht haben: „Hatte der Miteinander e.V. im Jahr 2011 noch 88.634,98 Euro – auch das bereits viel zu viel – erhalten, waren es im Jahr 2018 894.427,07 Euro“, stellt Stephan Brandner fest und bewertet die Ergebnisse seiner Anfrage: „Mit diesen Mitteln – und zusätzlich den Landes- und kommunalen Geldern – wird Wahlkampf gegen unliebsame politische Ansichten betrieben:

insbesondere gegen die AfD. Dass Steuermittel – zumal in dieser Größenordnung – durch die Altparteien an jene verteilt werden, die ihre ganze Kraft dafür einsetzen, Kampagnen gegen politisch Andersdenkende zu betreiben, ist leider in der heutigen Zeit typisch in Deutschland. Politische Neutralität ist nicht im Ansatz gegeben. Die Finanzierung dieses Vereins und den zahlreichen anderen, die ebenfalls für ihren Kampf gegen die AfD mit umfangreichen Mittelzuweisungen belohnt werden, mit Steuermitteln muss beendet werden!“

Gewaltenteilung umsetzen – Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaften abschaffen!

Wie der Europäische Gerichtshof in Luxemburg entschieden, dürfen deutsche Staatsanwaltschaften keine Europäischen Haftbefehle ausstellen, da es in der Bundesrepublik "keine hinreichende Gewähr für Unabhängigkeit gegenüber der Exekutive" gebe. In der Begründung heißt es, dass es nicht ausgeschlossen sei, dass ein Europäischer Haftbefehl in Einzelfällen auf Weisung eines Justizministers ausgestellt werde.

Stephan Brandner, kritisierte schon zu seiner Zeit als Abgeordneter im Thüringer Landtag die Weisungsgebundenheit der Staatsanwälte:

„Als AfD haben wir uns immer für die Unabhängigkeit der Justiz, insbesondere der Staatsanwälte ausgesprochen und entsprechende Anträge in die Parlamente eingebracht, die jedoch alle abgelehnt wurden. Bereits im September 2016 hatte die AfD im Thüringer Landtag diesen Vorschlag zur Reform der Landesjustiz eingebracht und im September 2018 wurde ein entsprechender Gesetzentwurf im Plenum des Deutschen Bundestages debattiert. Den anderen ist eine klare Gewaltenteilung offenbar lästig. Nicht aber der AfD: Die Umsetzung der Gewaltenteilung ist unser politisches Ziel. Dazu gehören auch unabhängige Staatsanwaltschaften.

Die gleichlautende Kritik des Deutschen Richterbundes teilen wir ausdrücklich.“



Thüringer Bauern brauchen dringend Unterstützung der Politik

Während einer „grünen Woche“ besuchte Stephan Brandner das Thüringer Landesamt für Landwirtschaft und Ländlichen Raum (TLLLR), den Regionalverband Jena/Saale-Holzland-Kreis der Kleingärtner sowie den Thüringer Bauernverband

(TBV) und informierte sich über die aktuellen Sorgen und Nöte der Bauern und Schrebergärtner in Thüringen.

„Die Thüringer Bauern leiden nicht nur unter dem Wetter, was sie insbesondere in Mittelthüringen vor große Herausforderungen stellt, sondern vor allem unter der rotgrünen Landesregierung, die alles unternimmt, um den Bauern das Leben so schwer wie möglich zu machen und damit den Niedergang der Landwirtschaft in Thüringen billigend in Kauf nimmt. Insbesondere die Einschränkung der Nutzung von Pflanzenschutzmitteln und der vorgeschriebene Umgang mit Düngemitteln führen ebenso wie die überhand-

nehmende Bürokratie zu einer unverhältnismäßigen Belastung der Thüringer Bauern. Wenn wir die deutsche und insbesondere die Thüringer Landwirtschaft nicht am Boden sehen wollen, dann müssen wir die Landwirte nicht nur von Bürokratie entlasten, sondern sie auch mit dem „Handwerkszeug“ ausstatten, um international wettbewerbsfähig zu sein“, kommentiert Stephan Brandner die Ergebnisse seiner Gespräche. „Die besten Anregungen kommen dabei von den Betroffenen selbst: So scheint mir doch eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage zu gestatten sinnvoller zu sein, als alle paar Jahre Dürrehilfen ausreichen zu müssen“, schließt Brandner ab.



Schrebergartenkultur muss Teil der Kulturhauptstadtbewerbung 2025 werden!

Um sich über die Situation der Kleingartenvereine beim „Verband der Gartenfreunde e.V. Gera“ zu informieren, besuchte der AfD-Bundestagsabgeordnete und Geraer Stadtrat Stephan Brandner das Verbandshaus „Schreberheim“ in der Steinstraße. Bei diesem Verband handelt es sich um eine Art Dachorganisation der über 140 Geraer Kleingartenvereine, in denen wiederum rund 10.000 Mitglieder mit fast 7.000 Parzellen organisiert sind. Immerhin etwa 280 ha umfasst dabei die bewirtschaftete Fläche. Eines der Themen, welche mit Stephan Brandner, diskutiert wurde, waren die rechtlichen Rahmenbedingungen-Stichwort Bundeskleingartengesetz- nach denen die Kleingärtner organisiert sind und nach welchen sich auch die Bewirtschaftung der Parzellen richtet. Aber auch das Gebäude, in dem der Verband seinen Sitz hat, war Gegenstand der Gespräche: „Das Haus aus dem Jahre 1921 befindet sich leider in einem bedauernswerten Zustand. Die Stadt muss schnell Möglichkeiten prüfen, wie der Verband bei der Sanierung des Vereinsheimes unterstützt werden kann, auch und gerade in Hinblick auf Gera 2025. Bei der Bewerbung kann die Schrebergartenkultur, die sinnstiftend für so viele Geraer ist, eine bedeutende Rolle spielen und somit ein echtes Alleinstellungsmerkmal für die Bewerbung darstellen“, resümiert Stephan Brandner seinen Besuch. Und weiter:



„Es hat mich sehr erstaunt, zu hören, dass der Geraer Oberbürgermeister noch keine Zeit für einen Besuch bei diesem wichtigen Verband hatte. Ich fordere ihn auf, umgehend auf die Geraer Gartenfreunde zuzugehen und ein umfassendes Gespräch zu führen.“

Schlagzeilen aus Thüringen

Ungleiche Verteilung von Thüringer Landesbediensteten nicht hinnehmbar

Vor einigen Wochen schon gab die Landesregierung in Erfurt auf die Frage eines Abgeordneten ausgerechnet aus den eigenen Reihen Zahlen bekannt, welche die Verteilung von Landesbediensteten auf die Städte und Landkreise des Freistaates betreffen. Dass die Spannweite dabei von 2,4 bis 88,3 pro 1000 Einwohner reicht, dürfte selbst den größten Pessimisten noch überrascht haben. Für Stephan Brandner (AfD), waren besonders die Zahlen für Gera interessant.

„Wenn unsere Stadt als die drittgrößte Thüringens mit 17,46 Vollzeitstellen pro 1000 Einwohner bedacht wird und damit nur ein Fünftel bis etwa die Hälfte dessen aufweist, was Jena, Weimar, Erfurt oder Suhl für sich verbuchen können, dann zeigt mir das, dass von Seiten der bisherigen Landesregierungen Gera tatsächlich als das fünfte Rad am Wagen angesehen wurde. Natürlich nimmt eine Universitätsstadt wie Jena oder auch die Landeshauptstadt gegenüber Gera eine besondere Stellung ein, doch haben die Verantwortlichen dafür zu sorgen, dass die unvermeidlichen Unterschiede so gering wie möglich ausfallen. Doch davon kann, betrachtet man diese Zahlen, wohl kaum die Rede sein. Die Regierung Ramelow sollte neben ihren berechtigten Forderungen nach mehr Bundesbehörden im Osten nicht vergessen, erst einmal ihre Hausaufgaben im eigenen Verantwortungsbereich zu machen. Allein bei einer Angleichung an das Niveau z.B. von Suhl würde die Stadt Gera einen Zuwachs an hochwertigen Arbeitsplätzen im vierstelligen Bereich verbuchen können.“

Tolles Bundesjugendlager des THW in Rudolstadt war Aushängeschild für Thüringen – Gera hat die Chance leider nicht genutzt

Das diesjährige Bundesjugendlager des THW fand im thüringischen Rudolstadt statt. Neben dem Bundesjugendwettkampf, einer Art deutscher Meisterschaft, bei dem Thüringen durch Jugendliche aus Gera, die den Landeswettbewerb gewonnen hatten, vertreten war, standen eine Reihe von Veranstaltungen und Ausflügen auf dem Programm der jungen Menschen.

„Für die Region und unseren Freistaat war diese Großveranstaltung, zu der etwa 7.000 überwiegend Jugendliche aus ganz Deutschland angereist sind, eine sehr gute Möglichkeit, sich zu präsentieren. Das THW zeigt deutlich, dass es hervorragende Arbeit - nicht nur im Einsatz, sondern auch in der Jugendarbeit - leistet. Dafür muss es sich der

Unterstützung der Politik sicher sein. Dem großen Engagement des Rudolstädter Bürgermeisters ist es zu verdanken, dass die Veranstaltung überhaupt in Thüringen und dann auch noch in Rudolstadt, also quasi vor der Geraer Haustür,



stattfand. Umso bedauerlicher ist, dass jegliche Unterstützung seitens der Stadt Gera unterblieb, ja die Tatsache überhaupt nicht bekanntgemacht wurde. Da hätte ich mir vom Oberbürgermeister mehr erhofft: Er sollte über seinen Geraer Tellerrand öfter mal hinausschauen. Es hätte auch die Möglichkeit bestanden, am Programm des einwöchigen Treffens mitzuwirken, unsere Stadt intensiv einzubeziehen und so positiv rüberzubringen. Da wurde leider eine sehr gute Chance verschlafen. Herr Vonarb sollte weniger sich selbst, dafür mehr unsere Stadt voranbringen!“

Scheitert Erfurt an der Bundesgartenschau?

Immer wieder steht die in Erfurt 2021 stattfindende Bundesgartenschau in der Kritik: so gibt es nicht nur Zweifel an der Notwendigkeit von Baumfällungen – man sollte meinen, Bäume seien in eine Gartenschau gut integrierbar – sondern auch zunehmend an der Einhaltung des Zeitplans sowie der Nachhaltigkeit und dem zu erwartenden Erfolg des Projektes: „Nicht nur nach dem Wegfall des Nordparks als Schaufläche und der Endlosdiskussion bezüglich des Baumkronenpfades erscheint mir die Planungsfähigkeit der Verantwortlichen nicht besonders stark ausgeprägt zu sein. Auch bin ich kritisch, ob eine Bundesgartenschau, die fast gänzlich ohne Glanzlichter auskommen soll, tatsächlich die angestrebten Besucherzahlen erreichen wird und so der Finanzplan eingehalten werden kann. Alles in allem bleibt zu hoffen, dass die Bundesgartenschau in Erfurt ein voller Erfolg wird und die weniger als zwei Jahre bis zum Beginn genutzt werden, um das Beste für die Stadt herauszuholen“, bewertet Stephan Brandner den aktuellen Stand der BUGA-Planungen.

Landtagswahl 2019: Fünf der Kandidaten aus Stephan Brandners Betreuungsgebiet:

Für Sömmerda – Torsten Czuppon

Direktkandidat WK 17- Sömmerda II
Listenkandidat Platz 13

Obwohl er schon seit 2013 ein Auge auf die AfD geworfen hatte, ist Torsten Czuppon erst seit 2016 Parteimitglied, was auch einem fast zweijährigem Auslandseinsatz geschuldet war. Schnell wurde er nach seinem Eintritt in den Vorstand des Kreisverbandes Kyffhäuser-Sömmerda-Weimarer Land gewählt und ist seit Januar 2018 dort stellvertretender Sprecher.

Als Delegierter für die Bundesparteitage fungiert er seit 2017. Als Mitglied des Auslandspools der Deutschen Polizei hat er in einigen Auslandseinsätzen an vorderster Front erfahren dürfen, was alles mit unserer Asylpolitik nicht stimmt. Dies unterstrich seine Entscheidung, aktiv in die Politik einzugreifen. Torsten Czuppon ist Thüringer, hier aufgewachsen, hat hier seine Familie und seinen Lebensmittelpunkt. Seinen Schwerpunkt sieht er in der Verstärkung der inneren Sicherheit.



Für Jena – Tosca Kniese

Direktkandidatin Wahlkreis 38- Jena II
Listenplatz 4

Sachlich und engagiert will Tosca Kniese politische Veränderungen zum Positiven hin bewirken und kandidiert daher zur Landtagswahl 2019 am 27. Oktober in Thüringen. Als Prokuristin und Mitgesellschafterin eines familiengeführten Unternehmens kennt sie viele der akuten Probleme, wie beispielsweise überbordender Bürokratismus, Fachkräftemangel, Niedergang des Bildungssystems und zu langsam voranschreitende Digitalisierung der Behörden. Sie stellen keine abstrakten Begriffe für Tosca Kniese dar, sondern täglich zu meistern Herausforderungen. „Unternehmer, insbesondere jene von kleinen und mittleren Unternehmen, sind in der Politik unterrepräsentiert und verfügen so nicht über ausreichend Gewicht. Der Mittelstand bildet aber das Rückgrat der deutschen Wirtschaft und ermöglicht unseren Sozialstaat. Ich will dem Mittelstand, insbesondere den vielen kleinen Unternehmen Thüringens, eine eigene starke Stimme geben“, macht Tosca Kniese deutlich.



Für Gera – Dieter Laudenbach

Direktkandidat Wahlkreis 41 Gera I
Listenplatz 12

Hätte das Altparteienkartell sich nicht gegen ihn zusammengeschlossen, wäre Dieter Laudenbach der erste AfD-Oberbürgermeister in Deutschland geworden. Mit seiner Kandidatur hat er für



jede Menge Aufsehen gesorgt. „Jetzt trete ich dafür an, die Verhältnisse in Thüringen wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.“ Der seit der Wende selbstständige Gastronom, der einer traditionsreichen Bäckerfamilie entstammt, weiß genau, woran es der Thüringer Politik mangelt: Statt Ideologien muss für Laudenbach endlich die Sachpolitik im Vordergrund stehen. „Frauenquote, Frühsexualisierung, Bildungsexperimente und Integration scheinen nur ein Feigenblatt für das wahre Politikversagen zu sein. Die Menschen fühlen sich nicht mehr sicher. Sie haben das Vertrauen in die Politik verloren. Um das zu ändern, trete ich an!“

Für Weimar und das Weimarer Land - Ulrich Kühn

Direktkandidat Wahlkreis 31 – Weimar I/Weimarer Land II
Listenkandidat Platz 27

Schon seit Dezember 2013 ist Ulrich Kühn Mitglied der Alternative für Deutschland, kürzlich auch als Delegierter für Bundesparteitage gewählt. Nicht nur als Parteimitglied ist er ein „alter Hase“ sondern auch als ‚dienstältester‘ Versicherungsmakler in den neuen Bundesländern. Als Bewohner des ländlichen Raums in Thüringen kennt er sich mit den Sorgen und Nöten der Landbewohner aus und meint: „Wir müssen den ländlichen Raum fördern“. Egal ob Schulen, Infrastruktur oder das Sterben von Fleischern und Bäckern vor Ort: Für Kühn ist Politik ein übergreifendes Thema. Als gelernter Galvaniseur kennt Kühn auch die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Handwerkspolitik. „Die gesellschaftliche Anerkennung des Handwerks muss gestärkt werden, sonst riskieren wir den Niedergang unseres Mittelstandes!“



Für Erfurt – Marek Erfurth

Direktkandidat Wahlkreis 26 Erfurt III

Ob es der schrittweise Verlust des Rechtsstaates und der Inneren Sicherheit durch eine ausufernde, fehlgeleitete Asylpolitik mit einhergehendem Diktat der kritischen Meinungsfreiheit ist, ob es die Destabilisierung der heimischen Wirtschaft etwa durch ideologische Umweltschutzvorgaben ist, ob es die Indoktrinierung der Jüngsten mit pseudo „Genderwissenschaften“ im Vorschulalter ist oder die Meinungsgleichschaltung in Thüringer Schulen und Universitäten: Die Ambitionen für Marek Erfurths Kandidatur sind umfangreich und mannigfaltig. Diesen und anderen Missständen will sich der 43-jährige Hauptfeldwebel entgegensetzen und der verfehlten Politik von Rot-Rot-Grün ein Ende bereiten. „In diesem Sinne möchte ich unserem Thüringer Freistaat treu dienen und das Recht und die Freiheit seiner Bürgerinnen und Bürgern tapfer verteidigen. Nur dieses Mal nicht mit der Waffe in der Hand, sondern mit dem Wort als Schwert.“



Meine Arbeit für Thüringen im Deutschen Bundestag

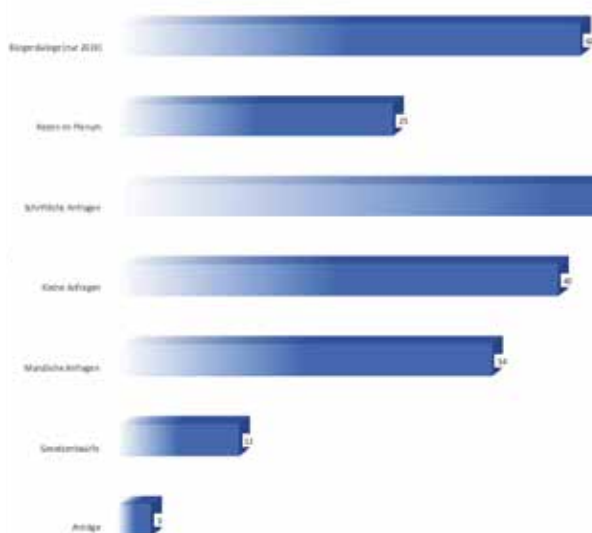
„Die ersten beiden Jahre im Bundestag sind fast vorüber und sollte es tatsächlich die ‚Große Koalition‘ bis zum Ende der planmäßigen Legislaturperiode miteinander aushalten, so liegt nun die erste Halbzeit hinter uns. Zeit, zurück zu blicken und sich zu vergegenwärtigen, was bereits geschafft ist. Vom ersten Tag im Bundestag habe ich mit Hilfe von schriftlichen und mündlichen Anfragen für Transparenz gesorgt und die Bundesregierung dabei sicher nicht selten ins Schwitzen gebracht“, kommentiert Stephan Brandner seine

Arbeit im Deutschen Bundestag. Egal, ob es um die Finanzierung aus sogenannten „Demokratieprojekten“, die sich nicht selten als Finanzierung linksextrimer Vereinigungen entpuppten, ging, ob er die Asylpolitik hinterfragte, sich über die Arbeit des Generalbundesanwalts informierte, oder dem Bundespräsidenten maßnahm: nicht selten wurde sogar die Presse auf seine Arbeit aufmerksam und hakte nach. Insgesamt sind in den vergangenen beiden Jahren so 40 Kleine Anfragen, fast 80 schriftliche und 34 mündliche zusammen-

gekommen, die dazu beigetragen haben, Licht in den schwarzen Berliner Karton zu bringen. Zudem stammen 14 Anträge und Gesetzentwürfe aus der Feder des Rechtsausschussvorsitzenden. Dabei ging es etwa um die Erfassung und Bekämpfung von Messerstrafaten, die Festschreibung der deutschen Sprache im Grundgesetz, die Begrenzung der Amtszeit der Bundeskanzler oder die Flexibilisierung der Zinsen auf Steuernachzahlungen und Steuererstattungen.

Besondere Bedeutung kommt auch dem direkten Kontakt mit dem Bürger zu: Stephan Brandner ist in jeder Wahlkreiswoche in seinem Betreuungsgebiet von Sömmerda bis Gera unterwegs, trifft Feuerwehren, Vereine, Verbände, Hochschulen und Unternehmen und hat dabei nicht selten gehört, dass er schon erwartet wurde. Daneben ist er von Lüneburg bis Heilbronn unterwegs, um Vorträge, insbesondere zur Erosion des Rechtsstaats, zu halten und so direkte Aufklärung am Bürger zu leisten. Bis Ende August kamen so allein im aktuellen Jahr bereits 42 Vorträge zusammen – also mehr als einer pro Woche. Und ähnlich sieht es auch im Bundestag aus: bisher kam Brandner bereits auf 25 Reden im Plenum – bei durchschnittlich 22 Wochen im Jahr sieht man ihn also häufiger als jede zweite Sitzungswoche am Mikrofon.

MEINE ARBEIT IM DEUTSCHEN BUNDESTAG BIS AUGUST 2019



Einladung nach Berlin

Regelmäßig biete ich eine dreitägige Fahrt nach Berlin in den Deutschen Bundestag an. Neben der Teilnahme an einer Plenarsitzung und einem Gespräch mit mir erwartet Sie ein vielfältiges politisches und kulturelles Programm an allen drei Tagen.

Das Bundespresseamt übernimmt die Kosten für die Anfahrt, die Übernachtungen, Verpflegung und auch die Eintritte. Daneben gibt es auch eintägige Fahrten, die in den frühen Morgenstunden beginnen und am Abend des selben Tages enden.

Gerne können Sie unsere Einladung auch an Ihre Freunde und Verwandte weiterreichen. Um sich verbindlich anzumelden, senden Sie bitte die vollständigen Namen und die Geburtsdaten aller Teilnehmer an die E-Postadresse

sh@brandner-im-bundestag.de
(wenn Sie Fragen haben, die bitte auch dorthin).

Die nächsten Fahrten finden am 15.-17. Oktober und am 8. November statt.



BRAND(NER)AKTUELL

5 Fragen und 5 Antworten

Jede Woche äußere ich mich innerhalb eines kleinen Videos zu einem aktuellen Thema: Egal ob es um den Niedergang der SPD, die Amtszeitbegrenzung für Bundeskanzler oder die Amadeu-Antonio-Stiftung geht: Erfahren Sie mehr über meine politische Arbeit in Berlin auf meinem Youtube-Kanal unter <https://www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb> und bei Facebook.



Rätselspaß

Gewinnen Sie ein Abendessen für zwei Personen gemeinsam mit Stephan Brandner in einem Restaurant Ihrer Wahl in seinem Betreuungsgebiet. Schicken Sie die Lösungsworte per Post an: Wahlkreisbüro Stephan Brandner, Rudolf-Diener-Straße 21, 07545 Gera oder per E-Post an kontakt@brandner-im-bundestag.de.

Mit der Teilnahme am Gewinnspiel erklären Sie sich mit der Nutzung Ihrer Daten einverstanden. Der Gewinner wird unter allen Einsendungen, die die richtige Lösung, und die postalische Adresse enthalten ausgelost und umgehend benachrichtigt sowie in einer der nächsten „Klartext“ (mit Bild) veröffentlicht.

F	S	L	T	V	E	E	V	J	K	H	K	B	S	B	F	N
M	J	X	X	X	Q	M	S	Y	P	A	M	C	C	X	Z	C
T	P	L	E	N	U	M	N	S	X	N	P	N	O	E	N	I
B	I	N	I	E	R	E	S	K	Q	F	C	A	F	D	L	D
G	A	T	S	E	D	N	U	B	J	R	W	I	S	K	W	Q
T	N	P	K	P	R	E	N	D	N	A	R	B	U	D	K	U
J	L	I	H	O	A	K	G	Y	O	G	N	Z	U	I	E	O
P	T	L	T	R	H	C	F	P	T	E	B	T	B	U	V	M
D	D	I	H	B	T	Y	C	P	Q	P	S	E	K	I	C	N
A	U	S	S	C	H	U	S	S	X	H	B	S	O	E	W	H
N	J	H	Z	S	F	X	Y	J	T	C	S	E	P	T	M	S
D	G	A	R	T	N	A	F	C	H	C	S	G	K	T	C	H
N	C	K	S	M	W	U	W	Z	V	O	K	Q	E	A	P	Y
D	N	M	Q	U	Y	S	H	A	T	G	X	E	U	B	V	P
W	J	K	O	H	E	P	W	X	K	L	E	M	C	E	K	V
T	G	J	J	F	O	L	W	F	R	U	K	Q	F	D	P	W
U	R	P	Q	E	R	V	S	X	Q	F	C	U	B	F	K	E

Die rechte Ecke

Der Verein „Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.“ (nachfolgend: Verein) wurde nach eigener Aussage „im August 2000 gegründet, um für ein weltoffenes und tolerantes Deutschland einzutreten“ (<https://www.gesichtzeigen.de/ueber-uns/>). Unter den Förderern wird unter anderem auch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz genannt.

Im Rahmen seines Internetauftritts kündigt der Verein mit Datum 9.8.2019 an, dass „drei Shuttlebusse“ von Berlin nach Dresden zur #unteilbar-Demo fahren sollten. Die Fahrt sei für die Interessenten kostenlos. Des Weiteren existiert auf dem Internetauftritt des Vereins unter der Überschrift „Brandenburg und Sachsen nicht den Rechten überlassen – Prominente zeigen Gesicht“ der Aufruf, bei den Landtagswahlen „für Demokratie und für eine offene Gesellschaft“ (vgl. <https://www.gesichtzeigen.de/angebote/kampagnen/prominenten-kampagne-landtagswahlen-2019/>) das Kreuz zu machen. Unter der Überschrift „Gesicht Zeigen! – Plakatkampagne vor den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg“ heißt es: „1929 begann der Siegeszug der Nazis: mit einer Verdreifachung der Stimmen bei der Landtagswahl in Sachsen. 2019 liegen die neuen Rechten in Umfragen genau dort wieder vorn, bei rund 25 %. Geschichte darf sich nicht wiederholen! Darum starten wir jetzt

einen Wahlkampf und plakatieren 25 Mal Weltöffentlichkeit gegen 25 Prozent Rechtspopulismus“ (vgl. <https://www.gesichtzeigen.de/angebote/kampagnen/mein-wahlkampf-gegen-rechts/>).

Erster Vorsitzender des Vereinsvorstandes ist übrigens Uwe-Karsten Heye, der von 1974 bis 1979 Pressereferent und Redenschreiber Willy Brandts, Staatssekretär und Regierungssprecher in Niedersachsen bei Ministerpräsident Gerhard Schröder. Zweiter Vorsitzender ist Rafael Seligmann, der außenpolitischer Berater der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Bonn war.

Wahlkreisbüro Gera

Rudolf-Diener-Straße 21 - 07545 Gera
Tel.: 0365 - 20 42 41 30 Fax: 0365 - 22 69 12 50
kontakt@brandner-im-bundestag.de

Öffnungszeiten: Dienstag, Mittwoch und Donnerstag
von 10 bis 18 Uhr und nach Vereinbarung

Wahlkreisbüro Erfurt

Iderhoffstraße 37 - 99085 Erfurt
Tel.: 0361 - 60 27 96 30 Fax: 0361 - 60 27 96 31
stephan.brandner.wk@bundestag.de

Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch und Freitag
von 10 bis 18 Uhr und nach Vereinbarung

Wahlkreisbüro Sömmerda

Weißenseer Straße 8 - 99610 Sömmerda
Tel.: 03634 - 69 22 888 Fax: 03634 - 69 22 889
stephan.brandner.wk@bundestag.de

Öffnungszeiten: Donnerstag
von 10 bis 17 Uhr und nach Vereinbarung

Impressum:

Herausgeber:
Stephan Brandner
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
www.brandner-im-bundestag.de

V.i.S.d.P. Stephan Brandner
Chefredaktion: Dr. Alexandra Kloß
Satz & Druck: Philipp Schmidt
Bildnachweis: pixabay

Brandner im Netz:

www.facebook.com/stBrandner
www.twitter.com/stbrandner
www.instagram.com/stephanbrandner
www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb